

„Vorausschauende und nachhaltige Haushaltswirtschaft und Finanzpolitik für Lahr“

I. Einführung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie im vergangenen Jahr kann ich auch heute meine Haushaltsrede mit einer guten Nachricht eröffnen.

Nach den uns vor wenigen Tagen zugegangenen Ergebnissen der November-Steuerschätzung ergeben sich gegenüber den bisherigen Orientierungswerten für die Haushaltsplanung 2008 deutliche Verbesserungen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen.

Leider war es aus zeitlichen Gründen nicht möglich, die erhöhten Beträge in die Druckversion des Ihnen

vorgelegten Haushaltsentwurfs einzuarbeiten. Sie finden die Änderungen in der fortgeschriebenen Gruppierungsübersicht, die wir den Unterlagen beigefügt haben.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt kann mit den neuen Zahlen um annähernd 900.000 Euro erhöht werden und erreicht damit die gesetzlich vorgesehene Mindestrate.

Die Mehreinnahmen werden eingesetzt um die ursprünglich veranschlagte Rücklageentnahme auf ca. 2,7 Mio. Euro abzusenken. Inhaltliche Veränderungen des Entwurfs wurden nicht vorgenommen.

Die konjunkturelle Entwicklung der letzten 15 Monate hat für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden einen kräftigen Zuwachs bei den Steuereinnahmen gebracht. Davon profitiert natürlich auch unsere Stadt.

Bereits in der Halbzeitbilanz für das laufende Jahr konnte die Stadtkämmerei eine optimistische Progno-

se für das Jahresergebnis abgeben. Diese Einschätzung hat sich zwischenzeitlich gefestigt. Wir dürfen auch 2007 mit einem überplanmäßigen Ergebnis rechnen.

Dies, obwohl wir schon früh die ansehnlichen Mehreinnahmen aus der Mai-Steuerschätzung einsetzen mussten für zusätzliche Mittelbedarfe, insbesondere für die gestiegenen Bauausgaben bei der Schutterlin-denbergschule und die beträchtliche Zunahmen der Energiekosten.

Natürlich freuen wir uns über die gute Konjunktur und die sprichwörtlich sprudelnden Steuereinnahmen.

Aber wir alle wissen um die Konjunkturzyklen.

Jedem Aufschwung folgt ein Abschwung.

Das Gesamtvolumen des Haushaltsentwurfes 2008 beträgt rd. 88,0 Mio. Euro, davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 78,4 Mio. Euro, auf den Vermögenshaushalt 9,6 Mio. Euro.

II. Konsolidierter Rückblick / Bilanzierter Leistungsstand

Gemeinderat und Verwaltung haben es in den vergangenen Jahren –auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten- verstanden, die Finanzpolitik auszurichten an mittel- und langfristig angelegten Zielsetzungen. Ich nenne als Stichworte die Gemeinderatsklausuren in Erstein und Windenreute sowie verwaltungsinterne Klausurtagungen. Beide sind jeweils stilprägend und sichern unseren sichtbaren Erfolg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
für mich ist es defacto der 11. Haushalt den ich Ihnen präsentieren darf. Politisch gesehen darf ich auf 10 Haushalte verweisen, die meine Handschrift als Oberbürgermeister der Stadt Lahr tragen. Die Haushaltsbeschlüsse fielen jeweils mit großer Mehrheit, viele Haushaltsbeschlüsse wurden einstimmig gefasst. Wir haben eine gemeinsame Linie entwickelt, Gemeinderat, Verwaltung, Verwaltungsspitze und ich sehen unsere Stadt auf einem guten Weg.

Wir haben überlegt, investiert und gezielt gespart sowie Schulden abgetragen. Dies ist keine Selbstverständlichkeit und war nur möglich, weil wir uns in den großen Themen für unsere Stadt einig sind.

Natürlich hätten wir alle, insbesondere jeder für seine eigenen prioritären Politikfelder gerne noch mehr getan.

Aber: Hand aufs Herz, der gegebene Finanzrahmen und die jährlichen Haushaltsberatungen und damit der jährliche Verteilungskampf zeigen: Mehr war nicht machbar !

Wir konnten in den Jahren 1998 bis 2007 Gesamtinvestitionen in Höhe von 75,9 Mio. Euro vornehmen. Davon entfielen 18,9 Mio. Euro auf Schulinvestitionen in der Kernstadt und in den Stadtteilen. Investitionen in den Stadtteilen konnten in einer Höhe von 15,0 Mio. Euro getätigt werden.

Auf die Innenstadt entfiel ebenso ein beträchtliches Investitionsvolumen, wobei 1,2 Mio. Euro auf den Aus-

bau der Fußgängerzone und 1,5 Mio. Euro auf den Ausbau des Rathausplatzes sowie 370.000 Euro auf die Kirchstraße entfielen.

Der Umbau des Alten Rathauses, als Einstieg für die Modernisierung der Innenstadt in 2000, kostete 300.000 Euro.

Für Straßenbaumaßnahmen konnten 14,4 Mio. Euro investiert werden, auf die Kreisverkehre Hirschplatz und Freiburger Straße entfielen 1,1 Mio. Euro und auf die Anbindung des Areals Stadtbahnhof und Dreyspringstraße an der B 415 1,4 Mio. Euro.

Für die Friedhöfe (u.a. Sanierung Bergfriedhof und Erweiterung Friedhof Dinglingen) konnten 1,3 Mio. Euro aufgewendet werden, der Umbau des ehemaligen Schlachthofes zu einem Jugendtreff schlägt mit 1,1 Mio. Euro zubuche.

Alle diese Investitionen, ich habe lediglich Beispiele aufgeführt, wurden ohne eine zusätzliche Neuverschuldung realisiert und gleichzeitig konnten im Zeit-

raum zwischen 1998 und 2007 die Kämmereischulden um 8,9 Mio. Euro zurückgeführt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
stattliche Zahlen, angesichts eines Gewerbesteueraufkommens von jahresdurchschnittlich 18,7 Mio. Euro.
Aber gerade auch die Ereignisse in diesem Jahr, also in 2007 zeigen, dass wir uns auf einem Erfolgspfad befinden. Besonders hervorzuheben ist die Chrysanthea, die in diesem Jahr wieder ein außergewöhnlicher Erfolg war und uns einen Preis beim Wettbewerb „Land der Ideen“ eingebracht hat.

Weitere Stichworte sind die Vorbereitung des Umbaus unseres Spitals und die hierzu erfolgte Entscheidung des Kreistages, Erfolge bei der IGZ und beim Zweckverband, Erfolge beim Projekt Wohnen im Park, Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung

zwischen Stadtverwaltung und Städt. Wohnungsbau-
gesellschaft; ich nenne die Stichworte Kasernenareal,
Roth-Händle Areal und schließlich die

zügigere Altlastenbearbeitung auf dem Flughafenareal durch den Landkreis.

Meine Damen und Herren,
was steckt hinter dem Erfolg?

Teamgeist , Zusammenarbeit und Entschlossenheit, eine gut aufgestellte Verwaltung, die in weiten Teilen aber auch ächzt und stöhnt, weil Grenzen der Belastbarkeit erreicht worden sind, nicht nur wegen der zusätzlichen qualitativen und quantitativen Anforderungen, sondern weil auch die vom Gemeinderat vorgegebenen Stellenkürzungen umgesetzt wurden.

Wir werden diesen positiven Hintergrund und die recht gute Einnahmesituation weiterhin für die Gestaltung unserer Stadt nutzen, an unserer Stadt weiter bauen.

Gleichzeitig gilt es weiterhin, eine vorausschauende und auf Stetigkeit bedachte Haushaltswirtschaft zu betreiben. Der vorgelegte Haushaltsentwurf folgt diesen Zielvorgaben.

III. Verwaltungshaushalt

Nun zu den Einzelheiten des Haushaltsentwurfes

2008:

Zunächst der Verwaltungshaushalt:

Das Einnahmenvolumen beträgt 78,4 Mio. Euro und liegt damit 2,7 Mio. Euro über den Planansätzen des laufenden Jahres. Aus dem gemeindlichen Anteil an

der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie den Schlüsselzuweisungen entstehen im Vorjahresvergleich Mehreinnahmen von über 4,2 Mio. Euro. Dagegen stehen zu erwartende Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und den Gewinnausschüttungen aus Beteiligungen.

Bei der Einschätzung der Gewerbesteuer müssen die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform bedacht werden. Landesweit wird von einer durchschnittlichen Reduzierung des Steueraufkommens von 12 bis 15 % ausgegangen.

Dies ist sicher zunächst ein statistischer Wert, dürfte aber auch in ähnlicher Dimension unsere Stadt treffen.

Die prognostizierte Aufkommensneutralität wird sich – wenn überhaupt- voraussichtlich erst nach 2008 einstellen.

Die gesicherten und berechenbaren Gegenfinanzierungsmaßnahmen belaufen sich nur auf ca. 40 bis 45 Prozent der sofort eintretenden Steuerminderungen. Die weiter angenommenen Ausgleichwirkungen können derzeit nicht verlässlich eingeschätzt werden. Hinzu kommt, dass wir –wie bekannt- einen wichtigen Gewerbesteuerzahler in Millionenhöhe dauerhaft verloren haben.

Der Ansatz der Verwaltung in Höhe von 18,5 Mio. Euro muss daher als optimistischer Wert betrachtet werden. Natürlich steht auch er zur politischen Disposition. Das Risiko, dass bei einer deutlichen Erhöhung eine Finanzierungslücke entsteht, ist aber ungleich höher als in den vergangenen Jahren.

Die Gewinnabführungen des Eigenbetriebs Versorgung und Verkehr aus den Beteiligungserträgen wer-

den in den nächsten Jahren deutlich unter dem bisherigen Beträgen bleiben.

Die Regulierung der Netzentgelte und ein zunehmender Wettbewerb belasten die Ergebnisse der Unternehmen. Während wir für das laufende Jahr noch eine Entnahme von über 3,0 Mio. Euro veranschlagen konnten, wird sich der ausschüttbare Gewinnanteil nach Steuern im Planjahr nur noch auf 1,4 Mio. Euro belaufen.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass sich dieses Niveau künftig nicht mehr wesentlich verbessern wird.

Das Ausgabevolumen beträgt nach Abzug der Zuführung aus dem Vermögenshaushalt 76,4 Mio. Euro. Dies bedeutet im Vergleich zum laufenden Jahr ein Plus von über 3,0 Mio. Euro.

Davon entfallen allein auf die Finanzpositionen im Einzelplan 9 ca. 1,3 Mio. Euro. Hier schlagen sich besonders die im Rahmen des Finanzausgleichs an das Land abzuführenden Umlagen nieder, die aufgrund

der gestiegenen Steuereinnahmen eine deutliche Erhöhung erfahren haben.

Die restlichen Zusatzausgaben in diesem Vorjahresvergleich in Höhe von 1,7 Mio. Euro entstehen bei den Sachausgaben und den Personalkosten.

Alleine die Bewirtschaftungskosten der städtischen Gebäude erhöhen sich trotz pauschaler Kürzungen durch die Kämmerei um rund 260.000 Euro. Angesichts der absehbaren Entwicklung der Energiepreise und der großen Anzahl der städtischen Objekte müssen wir davon ausgehen, dass dieser Kostenfaktor die künftigen Haushalte zunehmend belasten wird.

Der Druck zur Durchführung von Energiesparmaßnahmen wird daher nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen zunehmen. Im Rahmen des Energiemanagement der Stadt werden die Energieverbräuche erfasst und analysiert und, daraus abgeleitet, Vorschläge zur weiteren Energieeinsparung erarbeitet. Aus der Teilnah-

me der Stadt am European Energy Award hoffen wir weitere Erkenntnisse zu gewinnen.

Leider sind wir aus finanziellen Gründen nicht in der Lage die sinnvollen und notwendigen Maßnahmen umfassend und zügig realisieren zu können.

IV. Sonderaspekt Konversionsförderung

Deutliche Mehrausgaben fallen auch an für die Umlage an den Zweckverband IGP. Eingestellt ist ein Betrag von 450.000 Euro, nach 12.000 Euro in den Jahren 2006 und 2007. Bei der Umlagebedarfsberechnung des Verbandes musste konsequenterweise derzeit noch davon ausgegangen werden, dass die im Rahmen der Konversionsförderung vom Land gewährte Zinsförderung ausläuft und das zinslose Darlehen zum 31.12.2007 in voller Höhe zurückzuzahlen ist. Insofern handelt es sich um eine „Worst-Case“-Betrachtung.

Dies gilt analog auch für die Konversionsförderung, die die Stadt Lahr direkt erhalten hat. Nach den öffentlichen Äußerungen von Minister Rau in diesen Tagen

darf ich an dieser Stelle bestätigen, dass es in diesem Zusammenhang in der Tat positive Zeichen für eine wirtschaftlich günstigere Regelung aus der Sicht des Zweckverbandes und der Stadt Lahr gibt.

Nach einer entscheidenden Verhandlungsrunde am 23. Oktober im Wirtschaftsministerium in Stuttgart, über deren Ergebnis wir absolute Vertraulichkeit zusichern mussten (Teilnehmer: Stadt Lahr, IGZ / Zweckverband, Friesenheim) kann dies so bestätigt werden. Sicherheit gibt es aber noch nicht !

Zum einen wird von den Mitgliedern des Zweckverbandes und von der Stadt Lahr eine Erklärung verlangt, die eine verstärkte Zusammenarbeit und verstärkte Vermarktungsanstrengungen zusichert.

Zum anderen ist ein Kabinettsbeschluss erforderlich, der nach unseren Informationen frühestens im Januar 2008 gefasst werden kann. Also gute Vorzeichen aber noch keine Sicherheit !

Dessen ungeachtet, Dank an alle, die an diesem schwierigen Themenkomplex zugunsten des Zweckverbandes und der Stadt Lahr mitgeholfen haben.

Abgeordnete aller Parteien, Gemeinderäte aller Fraktionen, das Regierungspräsidium, die Mitglieder des Zweckverbandes, dem Landrat des Ortenaukreises, Herrn Ibert als Geschäftsführer der IGZ und Verbandsdirektor des Zweckverbandes und der Arbeitsgruppe Lahr und Friesenheim des Zweckverbandes, besonders aber unserer Kämmerei.

Denn ganz ehrlich gesagt, diese positiven Signale erhalten zu können, war kein Selbstläufer, sondern bedurfte konzentrierter Vorarbeit einer guten Verwaltung über rund 2 Jahre hinweg. Insbesondere die Einbeziehung der Stadt Lahr in die Streckungsregelung war kein Selbstläufer, sondern bedurfte erstklassiger Datenerhebung und Informationsvermittlung durch die Kämmerei und das Büro des Oberbürgermeisters. Also nochmals allen besten Dank.

V.

Eine deutliche Erhöhung erfahren auch die Zuschüsse zur Förderung von Kindergärten und Kindertagesheim.

Fast 200.000 Euro mehr als 2006 fließen in diesen Bereich. Vor allem die Zuschüsse für die Betreuung von unter 3-jährigen nehmen stark zu. Diese Erhöhung ist aber nur ein Vorbote künftiger Ausgabenzuwächse.

Die Kleinkinderbetreuung wird in den nächsten Jahren aufgrund der Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes bedarfsgerecht erweitert werden müssen.

Wir wollen diesen Vorgaben im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Familien, die aufgrund ihrer individuellen Lebenssituation auf ein solches Betreuungsangebot angewiesen sind, nachkommen.

Allerdings ist es unabdingbar, dass Bund und Land sich sowohl bei den investiven als auch den laufenden Ausgaben maßgeblich beteiligen. Die Kommunen können die finanziellen Lasten unmöglich alleine tragen. Es ist daher dringend erforderlich, dass hinsicht-

lich der Kostenbeteiligungen in nächster Zukunft Klarheit geschaffen wird.

Die Personalausgaben erhöhen sich nach derzeitigem Stand um ca. 390.000 Euro. Neben der eingerechneten Tarif- und Besoldungserhöhung von 3 % resultiert der Anstieg auch aus unterjährig neu beschlossenen Stellen, insbesondere im Sozialbereich.

Die Stadt hat in den vergangenen Jahren eine sehr zurückhaltende Personalpolitik betrieben. Die Rechnungsergebnisse der Jahre 2003 bis 2006 weisen nur einen geringen Anstieg aus. Und diesen Weg wollen wir weiter verfolgen.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch Belastungsgrenzen. Und ich habe vorher schon darauf hingewiesen. Für uns ist Stadtentwicklung ein umfassender, permanenter Prozess. Unsere Stadt braucht eine permanente Schärfung ihres Profils, die Schöpfung ihrer Potentiale, die Entwicklung neuer Stärken.

Aufgaben der Verwaltung !

Sie, die Gemeinderäte dieser Stadt, haben einen berechtigten Anspruch darauf, dass ihre politischen Vorgaben zügig und sachgerecht umgesetzt werden.

Aufgabe der Verwaltung !

Unsere Bürgerinnen und Bürger dürfen zurecht erwarten, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche fachlich kompetent, schnell und bürgerfreundlich bearbeitet werden.

Aufgabe der Verwaltung !

Wir alle wollen beste Qualität im Verwaltungshandeln nach Innen und Außen, in der Dienstleistung und in der Vertretung der Lahrer Interessen nach Außen.

Und die Verwaltung leistet gute Arbeit. Ich wiederhole als Beispiel die qualitativ hochwertige Chrysanthema, eine Veranstaltung, deren Vorbereitung und Durchführung dezernatsübergreifend von allen Beteiligten enormes Engagement abverlangt. Hinzu kommt, ein niveauvoller Umgang mit den Sponsoren, den Künstlern, der Presse und allen anderen Partnern dieses großen

Ereignisses. Unsere Verwaltung ist mit der Organisation dieser Veranstaltung qualitativ deutlich gewachsen und dies strahlt auf andere Arbeitsfelder aus.

Um das hohe Niveau der Aufgabenerfüllung zu halten – und vielleicht noch steigern- zu können, und ich sage dies als Leiter dieser Verwaltung, bedarf es einer sowohl qualitativ als auch quantitativ angemessenen Personalausstattung.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass im Rahmen der Gemeinderatsklausur im kommenden Jahr auch das Thema „Ausrichtung der Verwaltung für die weitere Zukunft“ diskutiert werden soll. Hierzu gehört für mich auch der Bereich „Bau- und Gebäudemanagement“.

Sie entnehmen meinen Ausführungen, dass der in einigen Punkten dargelegte Anstieg der konsumtiven Ausgaben erkannt wird. Wir werden die Entwicklung sehr genau beobachten und bei der Steuerung des Haushaltsvollzugs auch weiterhin ein besonderes Au-

genmerk auf einen sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern legen.

VII. Vermögenshaushalt

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Vermögenshaushalt. Grundlage auch für den Entwurf 2008 bilden die Festlegungen von Windenreute. Wir haben dort in großem Einvernehmen ein Maßnahmenprogramm zur mittelfristigen Durchführung erarbeitet.

Erste Priorität hatten und haben die Investitionen in dem Schulbereich sowie Stadtentwicklungsmaßnahmen.

Nach mehreren Jahren relativer Konstanz haben die Baupreise, ausgelöst durch die gute Konjunktur eine, rasante Entwicklung nach oben genommen. Die Überarbeitung der früheren Kostenschätzungen hat für eine ganze Reihe unserer großen Vorhaben beträchtliche Kostensteigerungen gebracht.

Dieser Effekt wurde durch die Auswirkungen weiterführender oder geänderter Planungen noch verstärkt. In der Summe ergibt sich eine zusätzliche Finanzierungsbelastung für die Jahre 2008 und 2009, die die Realisierung aller Maßnahmen entsprechend der vorgesehenen Abfolge im mittelfristigen Investitionsprogramm ausschließt. Bei der Berechnung des zugrunde gelegten Finanzierungsrahmens wurde davon ausgegangen, in beiden Jahren keine Netto-Neuverschuldung einzugehen und die Rücklageentnahme in einem vertretbaren Rahmen zu halten.

VIII. Bildung: „Stein macht’s nicht allein“

Der Ihnen vorgelegte Entwurf 2008 enthält für den Schulsektor –ich beschränkte mich jetzt auf die großen Posten- Ausgabenansätze über rd. 2,5 Mio. Euro. Davon entfallen auf die Theodor-Heuss-Schule für die Erweiterung des Pflichtbereiches 795.000 Euro.

Für den Ausbau des Max-Planck-Gymnasiums zur Ganztagesesschule mit Mensa sind als erste Finanzierungsrate 800.000 Euro eingestellt. Der Pflichtbereich im Scheffelgymnasium mit Einrichtung einer Mensa ist –ebenfalls als erste Finanzierungsrate- mit 900.000 Euro veranschlagt. Für 2009 /2010 ist mit Ausgaben in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro für den Schulbereich zu rechnen. Hierin nicht enthalten sind die Kosten für die Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule, die auf ca. 2,8 Mio. Euro geschätzt werden.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Schaffung der baulichen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Schulen für uns eine enorme finanzielle Kraftanstrengung darstellt.

Wir wollen das, es ist klarer politischer Wille, und wir tun es auch.

Ich Sorge mich aber, dass wir alleine das Ziel, bestmögliche Bildungs- und Lebensvoraussetzungen für unsere Kinder und Jugendlichen zu schaffen, nicht erreichen. Denn, meine Damen und Herren, „Stein

macht's nicht allein“. Die erweiterte Betreuung in den Schulen muss mit Leben erfüllt werden. Die Realisierung der pädagogischen Konzepte und begleitenden Maßnahme bedarf eines erheblichen Mittel- und Personaleinsatzes.

Und hier greift die Verantwortung des Landes. Umfassende Betreuungs- und Förderangebote müssen umgesetzt werden. Es muss sichergestellt sein, dass jedes Kind diskriminierungsfrei Zugang zum Mittagstisch hat, und dass Nachmittags eine qualifizierte Begleitung und Betreuung gewährleistet ist.

Es geht nicht um Aufbewahrung, sondern letztlich um ein Plus an fachlicher, sozialer, kultureller und sportlicher Bildung. Nur wenn das Gesamtpaket stimmt, kann sich der erhoffte Erfolg einstellen.

Nochmals: „Stein macht's nicht allein“

Die Kommunen, und das gilt auch für uns, können diese Herkulesaufgabe allein auf sich gestellt nicht bewältigen. Bund und Land sind gefordert.

Sie müssen die finanziellen –und bezogen auf das Land- auch die personellen Voraussetzungen schaffen, damit die Städte und Gemeinden auf Dauer in der Lage bleiben, diese eminent wichtige Zukunftsaufgabe zu erfüllen.

IX. Weitere Maßnahmen

Neben dem Schwerpunkt Schulen enthält der Haushaltsentwurf eine Reihe weiterer Maßnahmen in enger Anlehnung an unsere Prioritätenfestlegung. Ich nenne exemplarisch nur die drei großen Maßnahmen der Stadtentwicklung:

Für die im Rahmen der Sanierung „Nördliche Altstadt“ vorgesehene Umgestaltung des Urteilsplatzes stehen 700.000 Euro bereit.

Für die mit dem Programm „Soziale Stadt“ geförderte Sanierung im Areal Albert-Schweitzer-Straße („Wohnen am Park“) werden zur Durchführung der städtischen Begleitmaßnahmen für das Wohnungsbauvorhaben unserer Wohnungsbaugesellschaft und der

Verbesserung des Umfeldes der Friedrichschule über 500.000 Euro veranschlagt.

Das Baugebiet Hosenmatten erscheint mit einem Betrag von 490.000 Euro. Damit kommen wir der Forderung der Rechtsaufsichtsbehörde nach, das Risiko der Finanzierung der auf die Stadt entfallenden Kosten der Geländeentwicklung außerhalb des Haushaltes durch eine frühzeitige Mitteleinlage zu mindern.

Wenn Sie die erwähnten Finanzpositionen im Haushaltsentwurf anschauen, werden Sie feststellen, dass bei nahezu allen Maßnahmen neben dem Ansatz für 2008 auch eine Verpflichtungsermächtigung für 2009 veranschlagt ist. Damit wird der Vorhabensvollzug über den Jahreswechsel hinaus sichergestellt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen liegt bei über 4,0 Mio. Euro. Das ist sehr hoch und wird von der Rechtsaufsichtsbehörde im Genehmigungsverfahren sicher auch kritisch geprüft werden.

Zudem haben wir damit Vorbelastungen für das nächstfolgende Jahr, die –das ist heute schon erkennbar- keine größeren Finanzierungsspielräume lassen. Dieser Vermögenshaushalt hat fast schon den Charakter eines Doppelhaushaltes.

Diese starke Mittelbindung vor allem durch die Schulbauvorhaben über 2 Jahre hinweg ist der eigentliche Grund, dass eine Vielzahl anderer, an sich notwendiger Projekte nicht realisiert werden kann.

Ich bedauere sehr, dass der Hallenumbau im Stadtteil Mietersheim seitens der Verwaltung nicht wie vorgesehen in 2008 veranschlagt werden konnte.

Mit dem Kostenanstieg von 1,6 auf 2,9 Mio. Euro hat diese Maßnahme ein Volumen angenommen, das nach der deutlichen Prioritätensetzung zugunsten der Schulen in den Planjahren 2008 und 2009 einfach nicht mehr unterzubringen war. Ich hoffe, dass es mit der eingestellten Planungsrate gelingen wird, eine

finanzierbare Lösung für Mietersheim zu finden, die ich unterstütze.

X. Schlussbemerkungen

Meine Damen und Herren,
dieser Vermögenshaushalt orientiert sich wie seine beiden Vorgänger an den Leitlinien der Klausur in Windenreute. Oberste Priorität für die Schulen und die Stadtentwicklung bis 2009/2010.

Wir werden in den nächsten Jahren verstärkt darauf achten müssen, auch die anderen bei der Klausur diskutierten Maßnahmen Zug um Zug umzusetzen.

Trotz der Kostensteigerungen, die uns zu zeitlichen Verschiebungen zwingen, werden wir das gemeinsam festgelegte Programm realisieren. Das ist meine feste Überzeugung, dazu stehe ich und deshalb auch die Mittel für eine Machbarkeitsstudie „Stadthalle“ und deswegen auch erneut eine Gemeinderatsklausur in 2008.

Meine Damen und Herren,
mit diesem Haushalt setzen wir die Linie einer verlässlichen Haushaltsführung fort. Die wichtigen Maßnahmen entsprechen der gemeinsamen Prioritätenfestlegung. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt auf, wie die künftige Umsetzung des Investitionsprogramms erfolgen kann, wobei es auch in den nächsten Jahren keine Neuverschuldung geben soll.

Wir betreiben seit Jahren gemeinsam eine vorausschauende und nachhaltige Haushaltswirtschaft und Finanzpolitik.

Diese erfolgreichen Anstrengungen werden von unseren Bürgerinnen und Bürger, aber auch vom Regierungspräsidium anerkannt und gewürdigt. Der Haushaltsentwurf 2008 setzt diese Linie konsequent fort.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe Ihnen hiermit den Entwurf des Haushaltsplanes 2008 zur Beratung in den Fraktionen.

Es gilt das gesprochene Wort